

Nationalratswahl 2017

Aus aktuellem Anlass zum Wahlkampf (6. Okt. 2017)

Aus einem Facebook-Kommentar, den wir erhalten haben" – stellvertretend für viele:

"... Was ich aber als aufmerksamer Beobachter mehr als absurd finde: Da lässt ein Minister, der seit Jahren nichts, aber auch gar nichts, außer heißer Luft produziert, per Weisung Studien umschreiben, präsentiert auf seiner offiziellen HP munter gefälschte Statistiken und fordert lautstark jene Rechte für sich ein, die Dollfuß anno dazumal erst durch die Ausschaltung des Parlaments erputscht hat und wird dafür als Wunderwuzzi gefeiert, während aus einer mehr als irrelevanten und nicht einmal offiziell zur Kampagne gehörenden FB-Seite (!) * eine Staatsaffäre herbeisinnigt wird, die Waldheim, Proksch und Grasser wie einen Kindergeburtstag aussehen lässt. Tu felix austria! (R.M.K)."

Und wir können in aller Kürze aus heutiger Sicht nur hinzufügen:

1) * Tatsächlich hatte diese Facebook-Seite vor ihrer medialen Aufmerksamkeit bloß 15.000 „Freunde“

2) FRAGE:

Wem nützt das Ganze? FPÖ, ÖVP, Neos, Industriellenvereinigung. Und was haben die vor? 12-Stunden-Tag, totale Flexibilisierung, Kürzung der Gesundheitsausgaben, höheres Pensionsantrittsalter, Kampf gegen Sozialversicherung und Sozialstaat durch „Kaputtsparen“, Aufhebung der Pflichtmitgliedschaft zur Arbeiterkammer (AK) und Wirtschaftskammer (WK) – von all den anderen Kammern wie Landwirtschaft, Ärzte, Notare, Wirtschaftstreuhand usw. ist interessanterweise nicht die Rede – trifft vor allem die Arbeiter und Angestellten, aber auch kleine Gewerbetreibende und EPU's. Warum? Weniger Beiträge für die AK bedeutet noch weniger Rechtsschutz für die Beschäftigten, das heißt Millionen für die Unternehmer. Und keine Pflichtmitgliedschaft in der Wirtschaftskammer bedeutet einen Angriff auf die Kollektivverträge (KV), weil jeder Unternehmer, dem der KV nicht passt einfach aus der WK austritt. Zudem würden in der WK – ähnlich wie in der Industriellenvereinigung (IV) schon jetzt – noch mehr die großen Unternehmen, die viel einzahlen können (wie jetzt schon im Wahlkampf sichtbar bei der 1/2-Million Spende an Kurz vom KTM-Chef), die Politik der WK diktieren.

Reaktionsschluss des nachfolgendes grundsätzlichen Artikels: 26. Sept. 2017

Mit Sicherheit Wahlen gewinnen? Mit Sicherheit – gegen die Bevölkerung!

Parteien tun auf „neu“, spielen „Bewegung“

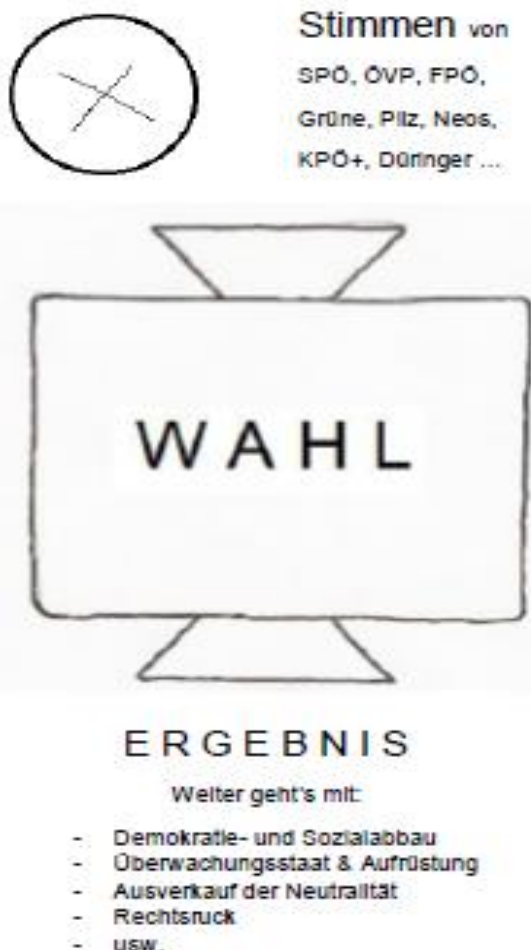
Alles „bewegt“ sich: Die ÖVP-Granden lassen Kurz „bewegen“, um wieder Kanzler(partei) zu werden. Der grüne Pilz „bewegt“ sich, weil er sonst keinen Parlamentssitz mehr ergattert. Das Team Stronach „bewegt“ sich – ins Aus. Die Neos „bewegen“ sich zur Griss-Show. Und alle bewegen sich politisch immer schneller nach rechts – auch die Kern/Niessl/Doskozil-SPÖ mit ihrem Kriterien- und

„Werte“-Katalog“ für die Zusammenarbeit mit der FP. Nur einer „bewegt“ sich nicht, ist schon dort: die FP von Strache-Hofer-Kickl & Co. Sie ist stramm rechts.

Alle Parteien marschieren im Namen von „Schutz von Sicherheit und Heimat“ politisch nach rechts: Sie meinen dabei nicht die Gewährleistung der sozialen Sicherheit, also Schutz vor sinkenden Reallöhnen und Realpensionen, Arbeitslosigkeit,

Betriebsschließungen usw. Sie meinen nicht den Schutz der Heimat vor Landflucht und Infrastrukturausdünnung. Gerade die ÖVP-FPÖ-Regierung hat dazu beigetragen, die Nahversorgung und das Leben am Land zu vernichten, sodass Post, Banken, Polizei, Gerichte, Geschäfte am Land geschlossen wurden.

Kurz eifert Haider nach, Strache ist schon rechts, Dokoziil eifert Kurz und Strache nach, Griss meinte schon im Bundespräsidentenwahlkampf 2016 sinngemäß, „der Nationalsozialismus hätte nicht nur ein böses Gesicht gezeigt“. Der Kabarettist Düringer wiederum hat einen Antisemiten als Listenführer, Peter Pilz sieht in seinem Selbstverständnis als „Linker“ nicht in der Ungleichverteilung, in der Ausbeutung, sondern ähnlich wie Kurz und Strache im politischen Islam die Hauptgefahr und im Schlagwort „Heimat“ die Lösung. Die Grünen sind wie die anderen auch EU-hörig, haben mit Ulrike Lunacek eine der VizepräsidentInnen des EU-Parlaments zur Spitzenkandidatin.



Vom wirklichen Leben der Menschen sind diese Damen und Herren meilenweit entfernt, wollen uns aber weismachen, dass eine Wahl des/der einen oder des/der anderen uns für die Zukunft etwas Gutes bringen würde. In Wirklichkeit sind alle neoliberal bis offen rechts und der Profitwirtschaft und nicht der Solidarwirtschaft und -gesellschaft

verpflichtet. Aber nur in einer Solidargesellschaft können die anstehenden sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Probleme angegangen werden. Für die Bewerbung der eigenen hochbezahlten Politzukunft im Interesse der neoliberalen Wirtschaft wenden die Parteien und ihre Spitzenkandidaten Millionen aus Steuergeldern auf. Darüber hinaus werden sie von Millionären oder Milliardären mit Hunderttausenden Euro direkt gesponsert. Zum Beispiel finanziert Strabag-Chef Haselsteiner die Neos oder zahlt der KTM-Chef rund eine halbe Million Euro an Kurz. So kaufen die G'stopften, wie schon in den USA üblich, immer offener die Politik. Dass Wirtschaftskammer und Industriellenvereinigung auf Wirtschaftsprogramme der Parteien, vor allem von denen von Kurz-VP, FP und Neos, Einfluss nehmen, ist genauso bekannt, wie etwa auch der Einfluss auf die Schwarz-Blaue Landesregierung in Oberösterreich.

Dabei geht es nicht um die Gestaltung einer guten Zukunft für alle, für die Millionen von Menschen in Österreich, sondern in Wirklichkeit darum, dass einige wenige Personen und Firmen weiter und noch mehr Millionen machen können.

Um davon abzulenken wird vor Wahlen so getan, als ob alle Parteien nur an den Wähler, an die Bevölkerung denken. Da wird auf einmal von der ewigen Blockierpartei ÖVP (seit 31 Jahren ohne Unterbrechung in der Regierung!) von „Gerechtigkeit“ gesprochen, heuchelt der Hetzer Strache plötzlich „Fairness“ oder gibt die SPÖ trotz ihres neoliberalen „Plan A“ vom Jänner 2017 vor, jetzt besonders für die „kleinen Leute“ zu sein. So kam es, dass z.B. die Abschaffung des Pflegeregresses, die „Aktion 20.000“, der „Beschäftigungsbonus“ im Parlament oder ein Mindestlohn von 1.500 brutto im Monat bis 2020 durch die Sozialpartner beschlossen wurde. Die vorgesehene Mini-Pensionserhöhung um 1,6%, für Kleinstpensionisten auf Drängen der SPÖ um 2,2%, wurde – wahlbedingt – sogar mit Zustimmung der ÖVP beschlossen. Ganz ausgeblendet wird, dass allein in diesem Jahr viele weitere, schnell durchgepeitschte Gesetze vor allem den Firmen massive Erleichterungen und Förderungen gebracht haben. So bringt z.B. der Beschäftigungsbonus den Unternehmern 2 Mrd. € bis 2020. Oder die „Bildungsreform“: sie zementiert den Einfluss der Landesfürsten über „Bildungsdirektionen“ noch mehr ein, bringt aber für Schüler, Eltern und Lehrer keinen Fortschritt.

Doch wie schaut es für die Masse der Menschen im Land aus? Laut aktuellem AK-Arbeitsklimaindex kommen 47 % (!) der Österreicher (Männer und Frauen), sogar 54 % der Frauen (!!), mit ihrem Einkommen nicht oder gerade noch aus. Der Reallohn ist seit 2010 nicht gestiegen!

Arbeit: Zu wenig zum Leben

316.500 ganzjährig Vollzeitbeschäftigte verdienen im Jahr 2015 laut AK-OÖ weniger als 1.700 Euro brutto, zwei Drittel davon sogar weniger als 1.500 Euro brutto. Darüber hinaus gibt es 300.000 Teilzeit- oder nicht ganzjährige Beschäftigte, die noch weniger verdienen. Wirtschaftsbosse, Manager und Politiker verdienen das 10- bis 40-fache im Monat. Zum Vergleich: Die offizielle Armutsgefährdungsgrenze liegt heuer bei 1.163 Euro netto monatlich für Einpersonenhaushalte. Die jetzt auf Druck der Stimmung in der Bevölkerung und vor den Wahlen beschlossene Mindest-Bruttolohn-Vereinbarung von 1.500 Euro brutto im Monat für alle bis 2020 ist da nur ein Tropfen auf den heißen Stein und in vier Jahren von der Inflation längst aufgeessen, wie übrigens auch die Pensionserhöhungen.

Durch die rasante Automatisierung (Roboter) und Digitalisierung wird es in Zukunft noch weniger Arbeit und so noch weniger Vollzeit Arbeitsplätze geben, sollte es zu keiner wesentlichen Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich kommen.

Rund eine Million Menschen in Österreich leben an der Armutschwelle. Besonders davon betroffen: Frauen und Kinder. Schon jetzt steigen die Zahlen der beschönigend und verschleiern so genannten „bedarfsorientierten“ Mindestsicherung, weil immer mehr arbeitslos werden und viele trotz Arbeit mit dem dafür bezahlten Gehalt oder Lohn kein Auskommen finden. Die Menschen müssen dafür die erniedrigende Prozedur der Beantragung der Mindestsicherung in Kauf nehmen, um wenigstens in **S u m m e** auf maximal 838,- Euro im Monat (für Alleinlebende) kommen zu können. Doch die meisten Mindestsicherungsbezieher erhalten rund 300,- Euro, weil sie trotz bestehender und meist prekärer Arbeitsverhältnisse weniger als die Mindestsicherung erhalten. Es gibt halt bei rund 400.000 Arbeitslosen nur rund 60.000 offene Stellen. Trotz der ständig wiederholten Behauptung „Wer arbeiten will, findet Arbeit“, ist da keine ordentliche Arbeit zu finden.

Der jüngst beschlossene „Beschäftigungsbonus“ (mit 2 Mrd. € für die Unternehmer via Halbierung der Lohnnebenkosten aus dem Budget, also aus unseren Steuergeldern bezahlt) oder die „Aktion 20.000“ für Langzeitarbeitslose in Modellregionen v.a. in Gemeinden und gemeinnützigen Einrichtungen – bedeutet die Verbilligung der Arbeitskräfte für die Unternehmer und in der Folge weiteren Lohn- und Gehaltsdruck für alle Arbeitenden oder Arbeitssuchenden. Vom so immer niedriger werdenden Lohn oder Gehalt wird man auch dann nicht „besser“ leben können, wenn unter dem Motto „Arbeiten muss sich lohnen“ die Mindestsicherung weiter gekürzt wird wie es vor allem Kurz, Strache

und Neos und hinter vorgehaltener Hand auch so manche SP-„Rechtsausleger“ verlangen. Davon profitieren nicht die Arbeitenden, sondern die Unternehmer und Konzerne, die noch mehr aus den Arbeitern und Angestellten herausholen und noch mehr Gewinne zum Spekulieren ansammeln und somit letztlich zum Ruin der gesamten Volkswirtschaft beitragen.



aus: Die Arbeit, 3/17

Betriebsräte, Gewerkschaften und Arbeiterkammer müssen diese ungeheuerlichen Angriffe der Wirtschaft gemeinsam mit ihren Mitgliedern offensiv und aktiv bekämpfen!

Falsche Auswege

Es gibt keinen Ausweg in der „Mitte“ oder „Halbrechts“ wie ihn SPÖ-Kanzler Kern mit seinem „Sicherheitsminister“ Droschitz jetzt geht. Dieser Weg der Anbiederung an die Scharfmacher in der Wirtschaft (verstärkt Liberalisierung bei Arbeitszeit, Gewerbe, Schulautonomie, Profitförderung) und ihre offenen Verbündeten Kurz, Strache (z.B. in der Frage der Armen, Arbeitslosen, Überwachung, Aufrüstung nach innen, Flüchtlinge) oder Neos (Abschaffung der Kammern, 12-Stunden-Tag usw.) beziehungsweise die Überlegungen zu einer künftigen ÖVP-FPÖ oder SPÖ-FPÖ-Koalition führen letztendlich schnurstracks nach rechts. Sind auch die SPÖ-Spitzen tatsächlich bereit, für den bloßen Machterhalt die Drecksarbeit fürs Kapital, für Kurz und Strache, zu machen und dafür den arbeitenden Menschen großen Schaden zuzufügen?

Wer heute die von Industrie und ihren direkten politischen Vertretern ÖVP, FPÖ, NEOS forcierte und von der SPÖ mitgetragene Ausbeutung, Überwachung und Unterdrückung von Armen, Arbeitslosen, Ausländern oder Flüchtlingen durchführt oder duldet, kann morgen selbst Zielscheibe so einer hetzerischen Politik sein.

Die Verschärfung des Versammlungs- und Demonstrationsrechts, die immer lauter werdenden Angriffe auf Kollektivverträge, gesetzliche Arbeitszeitregelungen, Gewerkschaften und Arbeiterkammern haben zum Ziel, die arbeitenden Menschen, die gesamte Bevölkerung einzuschüchtern, ja mundtot zu machen. Interessanterweise redet kaum jemand über die Rechtsanwalts-, Notariats-, Apotheker- Ärzte-, Wirtschaftstreuhänder- oder Landwirtschaftskammern.

Wer auf Schwarz-Blau oder Rot-Blau hofft, der schaue sich an, was solche Regierungen für nachhaltige Verschlechterungen für uns arbeitende Menschen gebracht haben. Die Rot-Blaue Regierung 1983 bis 1986 brachte z.B. den Beginn der Zerschlagung und des Ausverkaufs der Verstaatlichten Industrie oder die gewaltsame Auseinandersetzung um den Kraftwerksbau in der Hainburger Au. Die ÖVP-FPÖ-Regierung 2000 bis 2006 brachte den größten Pensionsraub der 2. Republik (bis zu 30% weniger Pension als davor), die Übernahme des Hauptverbandes der Sozialversicherungen durch die schwarzen Wirtschaftskammerer und Sozialversicherungs-Spitzenposten auch für die FP, die Totalprivatisierung der Verstaatlichten (weit unter dem tatsächlichen Wert und mit der Folge des Verlustes von weiteren Tausenden Arbeitsplätzen), die Zerschlagung der einheitlichen ÖBB usw. Und in beiden Fällen haben die jeweils nachfolgenden „großen Koalitionen“ von Rot-Schwarz keine der massiven Verschlechterungen zurückgenommen, sondern fortgeführt und weitere hinzugefügt.

Mit dem Thema „Sicherheit“ wollen alle Parteien unter dem Deckmantel, uns vor Flüchtlingen zu schützen, die die größte Gefahr für uns wären, die Wahlen gewinnen. Doch die größte Gefahr sind vor allem die Banken, Konzerne oder Rüstungsindustrien, die durch Spekulation, Steuerflucht, Aufrüstung und Krieg zur Absicherung ihrer Profite erst das Elend heraufbeschwören, das dann die Politiker vorgeben, im Namen von „Schutz und Sicherheit“ lösen zu wollen.

Schutz und Sicherheit, Erhaltung der Heimat?

Alle Parteien sind für die EU, für deren Militäraufrüstung. Die Neutralität, für die über 90% der ÖsterreicherInnen sind, ist für alle Herrschenden bloß eine Hülle. Selbst die Teilnahme Österreichs an EU- und NATO geführten Militäreinsätzen wie z.B. in Kosovo, Afghanistan, Mali, bei der EU-Frontex usw. werden als mit der Neutralität vereinbar hingestellt. Und die ach so EU-kritische und angeblich die Neutralität so hochhaltende FP ist seit dem Brexit sogar für die Atombewaffnung der EU! **Man sieht also : Mit Sicherheit wollen alle die Wahlen gewinnen, aber mit Sicherheit gegen uns!**

Gerne würd' ich wählen gehen, aber wen?

So oder ähnlich hört man es dieser Tage von vielen Menschen. Völlig berechtigt. Mehr Menschen denn je sind unentschlossen. Die Skepsis der Menschen ist spürbar. Die Etablierten in Wirtschaft und Parteien reden uns aber trotzdem ein, dass es erste Bürgerpflicht sei, wählen zu gehen. So sollen wir wieder ein schlechtes Gewissen haben, um doch wieder ein Kreuzerl zu machen und 5 Jahre Ruhe zu geben. Aber: Muss ich essen, was mir da vorgesetzt wird? Nicht oder „ungültig“ zu wählen ist nicht böse oder gar dumm, wie uns vermittelt wird, sondern bei d i e s e r „Auswahl“ hoch politisch. Bei der Wahl gibt es keine echte (Aus)Wahl.

Der Punkt ist: Wer bloß wählt und damit glaubt seinen oder ihren politischen Beitrag geleistet zu haben irrt genauso wie diejenigen, die bloß nicht wählen gehen und glauben, damit höchst kritisch zu sein. Es kommt darauf an was wir aktiv, selber und gemeinsam tun! Das ist unsere wirkliche Kraft und Chance! Damit haben wir z.B. Zwentendorf, generelle Gen-Lebensmittel oder auch ein Berufsheer verhindert. Durch aktiven Widerstand der arbeitenden Menschen wurde im Jahr 2001 auch die von Schwarz-Blau geplante Zerschlagung der Sozialversicherung gestoppt.

Genau diese Kraft der Bevölkerung fürchten die Herrschenden. Darum haben sie sich – anlehnd an Frankreichs Präsident Macron – etwas „Neues“ einfallen lassen mit der Ansage „Wir (die alten Parteien) sind nun ‚Bewegung‘“. Doch genau darin steckt die große Lüge. Sie fürchten nur eines, dass sich die arbeitenden Menschen selbst zu bewegen anfangen.

Ähnlich wie schon jetzt in der FPÖ, täuschen die Etablierten samt ihren „Quereinsteigern“, die ihren neuen „Führern“ folgen müssen, jetzt „Bewegung“ vor. Einziger Sinn dieser „Bewegungs“-Epidemie von oben: die Kraft der Bevölkerung soll erst gar nicht aufkommen, soll wieder kanalisiert werden, nicht als eine Bewegung von unten den Etablierten gefährlich werden. Wir sollen nicht selbst unsere Angelegenheiten in die Hand nehmen.

Was es wirklich braucht – Bewegung von unten:

- von den Menschen am Wohnort – zum Beispiel gegen die unleistbaren Mieten
- von den arbeitenden Menschen aus der „Wirtschaft“, d.h. aus Betrieben, Büros und von den vielen Einpersonenernehmen (EPU) und sonst irgendwie Arbeitenden (Prekären, Cloud- und Crowdworkern usw.). Deren Arbeitsdruck steigt und steigt, deren Einkommen reichen oft nicht zum Leben aus und sie sind gezwungen, mehrere Jobs auszuüben. Die großen Firmen hingegen machen hohe Gewinne.

- von den wirklich auf der Seite der arbeitenden Menschen stehenden Belegschaftsvertretern in den Firmen und den Teilen der Gewerkschaften, die noch nicht ganz von der Sozialpartnerschaft angesteckt und umgedreht worden sind

Die arbeitenden Menschen brauchen dazu eine neue Organisation, müssen sich dazu neu zusammenfinden.

Außerparlamentarische, solidarisch Opposition von unten

Mag es dort oben auch neue Gesichter geben, geht es letztlich doch wieder nur darum, uns ihre ewiggestrigen Vorhaben aufzuzwingen.

Die Rechten machen sich jetzt schon in Polizei, Militär, Wirtschaft, Verwaltung, Justiz und Politik breit und bestimmen die Politik. Sie verbreiten Angst und Schrecken durch Überwachungsstaat, Demokratie- und Sozialabbau im Namen von „Schutz und Sicherheit“ vor Ausländern, Fremden, Flüchtlingen, Arbeitslosen, Bettlern. So lenken sie in Wirklichkeit von den wahren Verursachern ab, von den 1% wirklichen Profiteuren und Absahnern und ihren Helfershelfern in der Politik, die geschützt werden sollen.

Um dem Einhalt zu gebieten, ist es notwendig, dass wir uns selbständig und gemeinsam von unten organisieren und wehren. Es geht darum, dass die wahren Verursacher von Lohn- und Arbeitsdruck, Arbeitslosigkeit, Mietwucher, Armut, Krieg und Flucht benannt und bekämpft werden: Dies sind die 1 % Reichen und Superreichen, die Konzerne, Versicherungen und Banken. Nur dann werden es die Rechten nicht so leicht haben uns gegeneinander auszuspielen.

- Produktivität, Wertschöpfung Gewinne der Firmen steigen, der Reichtum der wenigen Prozent an Vermögenden ist enorm und verursacht durch die Ungleichheit der Gesellschaft enormen Schaden.
- 1 % der Haushalte in Österreich verfügt laut Sozialbericht ca. über gleich viel Vermögen wie die unteren 80 %
- Mehr als vier Fünftel (82,2 %) des gesamten Steueraufkommens entfielen im Jahr 2016 auf Lohnsteuer, indirekte Steuern und sonstige Massensteuern – die Lohnsteuerreform 2015 ist schon heuer „aufgefressen“, das heißt, die Ausbeutung der breiten Masse steigt weiter
- Statt Arbeitszeitverlängerung bei Lohnraub („Flexibilisierung, 12-Stunden-Tag) muss es eine massive Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich geben

- Schon eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden brächte rund 100.000 neue Arbeitsplätze
- Wir können uns die Reichen nicht mehr leisten. Daher darf mit einer Besteuerung der Reichen, der Wertschöpfungsbemessung für Steuern und Sozialsystem und der Entlohnung auf Basis der tatsächlichen Wertschöpfung nicht länger zugewartet werden.
- Statt Überwachungsstaat braucht es ein verbrieftes, unbürokratisches Streik- und Demonstrationsrecht
- Solidarwirtschaft für alle, statt Sozialabbau und Profitwirtschaft für einige wenige
- Tatsächliche Neutralität statt direkter und indirekter Teilnahme an den EU- oder NATO-Aufrüstungsplänen und Militäreinsätzen.